

Wien, Samstag, den 10. März 1923.

Gedächtnisausstellung für die Revolution von 1848. Anlässlich der 75jährigen Wiederkehr der Revolution des Jahres 1848 wird die Gemeinde Wien in den Räumen des städtischen Museums im Neuen Rathaus eine Gedächtnisausstellung veranstalten. Die Eröffnung der Ausstellung findet am Gedenktage des Ausbruches der Revolution in Wien, Dienstag, den 13. ds. um 9 Uhr vormittags durch Bürgermeister Reumann im Beisein der Mitglieder des Stadtsenates statt.

Sitzungen im Rathause. In der kommenden Woche finden im Rathause folgende Sitzungen statt: Stadtsenat Dienstag, den 13. um 10 Uhr, Gemeinderat Freitag, den 16. März um 4 Uhr.

Die Ausschreitungen an der Universität. Der Bürgermeister hat auf die gestern mitgeteilte Anfrage der Gemeinderäte Skaret und Genossen betreffend die Ausschreitungen an der Universität folgende Antwort erteilt:

Von den Vorgängen an der Universität und den in der Öffentlichkeit des In- und Auslandes daran geknüpften Erörterungen habe ich mit Bedauern Kenntnis genommen. Ich erblicke mit ernster Besorgnis in der Haltung der akademischen Behörden ein Zeichen der Schwäche gegenüber einer gefährlichen Agitation, die zu immer neuen Provokationen führen kann, wodurch die Ruhe und der Ruf unserer Stadt schwer geschädigt würde.

Ich will nicht bestreiten, dass der Gedanke ^{an} geeignete Gegenmassregeln gegenüber einem so unerhörten Terrorismus nahe liegt. Ich vermag mich jedoch insbesondere nach den Erfahrungen der letzten Jahre und der Kriegszeit mit dem Gedanken an ^{Repressalien} nicht zu befreunden und ich möchte diesen Gedanken nicht hshetreiben, bevor nicht alle anderen Mittel erschöpft sind.

Die Gemeinde wird sich in allernächster Zeit genötigt sehen, mit Rücksicht auf die Ersparungsmassregeln, die ihr durch die aus Genf diktirte Banc. gesetzgebung auferlegt werden, aber auch aus Gründen des Schulbetriebes die Bedingungen der Ueberlassung städtischer Räumlichkeiten, besonders in Schulgebäuden, ^{an} Vereinigungen und Organisationen ^{zu} überprüfen und eine gerechte Aufteilung der verfügbaren Räume vorzunehmen. Das Verfahren ist bereits im Zuge und ich darf hoffen, dass die von den Gemeindeorganen bei den zu treffenden Entscheidungen geübte strenge Sachlichkeit und Unparteilichkeit vielleicht doch auch auf die anderen Behörden, die über Lokale verfügen, Eindruck machen wird, so dass sich die von der Gemeinde betätigten Grundsätze der Gerechtigkeit allgemein durchsetzen werden.

Sollte diese meine Hoffnung trügen, und sollte es absolut unmöglich sein, an den Hochschulen den Terrorismus einer kleinen Partei und gewisse ungerechte Entscheidungen abzustellen, so würde ich zu meinem Bedauern genötigt sein, zu dem letzten Mittel, das der Wiener Bevölkerung zur Verfügung steht, zu greifen.

Vortrag Professor Tandler. Der amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien, Professor Dr. Julius Tandler, wird den Vortrag, den er kürzlich im grossen Konzerthausaal gehalten, über Einladung des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Gemeinde Wien zugunsten des ausserordentlichen Fürsorgefonds dieser Anstalt Mittwoch, den 21. März, 6 Uhr abends in der Volkshalle des Neuen Rathauses unter dem Titel „Ehe und Bevölkerungspolitik“ wiederholen. Karten zum Preise von 5000 bis 10.000 K im Büro der Krankenfürsorgeanstalt VIII., Schliesingerplatz 5 und in der Kanzlei des Verbandes der städtischen Angestellten, I., Rathausstrasse 9.

Die Belastung Wiens durch die ausländischen Geisteskranken. Wiederholt wurde in der Öffentlichkeit - in der Presse und in offener Gemeinderatssitzung - auf die unerhörte Belastung hingewiesen, die der Gemeinde Wien aus der Kursorge für ausländische Geisteskranke erweckt, deren Heimatsstaaten sich jeder Verpflichtung gegenüber diesen Unglücklichen entschlagen. In der Heilanstalt „Am Steinhof“ befinden sich bereits seit langer Zeit 169 Angehörige der Sukzessionsstaaten, deren Staatszugehörigkeit unzweifelhaft feststeht, ferner 204 Pflöglinge, die nach den vorhandenen Ausweisdokumenten aller Wahrscheinlichkeit/ebenfalls Staatsbürger der Nachfolgestaaten sind, so dass augenblicklich insgesamt 373 Patienten vom Lande Wien verpflegt werden müssen, die weder nach Wien noch nach Oesterreich zuständig sind. Der Aufwand für diese Pflöglinge belief sich im vergangenen Jahre auf rund 2 Milliarden; er beträgt gegenwärtig ungefähr 425 Millionen monatlich!

Die Gemeindeverwaltung hat alles daran gesetzt, die Zahlung der Verpflegskosten durch die Heimatländer und die Uebernahme der Kranken in eine Anstalt ihres Heimatsstaates zu erwirken. Es wurde die Intervention der auswärtigen diplomatischen Vertretungen angerufen und sämtliche zur für die Rückbeförderung der Geisteskranken erforderlichen Nachweise beigebracht. Den diplomatischen Vertretungen wurden die Verzeichnisse der Geisteskranken unter Anführung der Krankheitsursachen, der Behandlungsdauer, der Bestätigung über die Transportfähigkeit und der genauen Daten über die Zuständigkeit übergeben.

Alle diese Bemühungen haben jedoch noch immer nicht den allgeringsten Erfolg gehabt. Die in Betracht kommenden Staaten haben es ohne Rücksichtnahme auf die schwierige wirtschaftliche Lage Wiens vielmehr für gut befunden, immer wieder neue Auskünfte und Daten zu verlangen, die die ^{Erledigung der} Angelegenheit stets wieder von Neuen ^{verzögern.} Insbesondere hat eine der diplomatischen Vertretungen sich nicht nur damit begnügt, die Auslieferung der Originalheimatsdokumente zu verlangen, sondern hat der Wiener Landesregierung noch obendrein für jeden Patienten einen mehrere Seiten umfassenden Fragebogen übermittelt, obwohl bereits über früheres Ersuchen die ganze ausführliche Krankheitsgeschichte jedes einzelnen Kranken bekanntgegeben worden war.

Unter diesen Umständen kann man sich wohl kaum des Eindrucks erwehren, dass alle diese Schritte nur den Zweck verfolgen, die Uebernahme der Kranken möglichst lange hinauszuschieben, um so den in Betracht kommenden Staaten, die sich wahrlich in bessere wirtschaftlichen Verhältnisse befinden, als Oesterreich, auf Kosten des Landes Wien auslagen zu ersparen. Da es sich um Geisteskranke handelt, ~~ist~~ kann die Gemeinde Wien ~~kaum~~ nicht zu dem Mittel greifen, die fremden Staatsangehörigen einfach den betreffenden Gesandtschaften zu überstellen. Es bleibt daher nichts übrig, als angesichts der offenkundigen Verschleppung dieser Angelegenheit immer wieder an die Öffentlichkeit zu appellieren, um auf diese Weise einen moralischen Druck auf die fremden Regierungen auszuüben, sie mögen ihre Hilfsbereitschaft gegenüber Oesterreich und Wien ^{betätigen,} indem sie doch endlich in dieser so naheliegenden Weise ^{Wien} von den völlig ungerechtfertigten Lasten für die Verpflegung ausländischer Geisteskranker befreien.

An die geehrten Redaktionen!

Im Auftrage des Herrn Bürgermeisters werfen hiemit die Herren Vertreter der Presse zu der

Dienstag, den 13. ds., 9 Uhr vormittags

in den Räumen des städtischen Museums im Rathause

stattfindenden

Eröffnung der Gedächtnisausstellung für die Revolution 1848

höflichst eingeladen.

i. A.
Honnay.

Der Parteienverkehr im Wohnungsamt. Das Wohnungsamt der Stadt Wien veröffentlicht nachstehenden Appell an die Bevölkerung, dessen Befolgung mit Rücksicht auf die ausserordentliche schwierige Arbeit des Wohnungsamtes im beiderseitigen Interesse gelegen ist.

In den letzten Wochen hat sich bei den das Wohnungsamt aufzusuchen- den Parteien anscheinend die Gepflogenheit herausgebildet, dass für einen Wohnungswerber nicht eine Partei vorspricht, sondern vielfach ganze Familien. Insbesondere wurde die Bemerkung gemacht, dass Frauen mit Kindern im zartesten Alter erscheinen, in der Meinung, dadurch für ihre Sache einen grösseren Eindruck zu erzielen. Dabei begnügen sich auch die Parteien nicht, bei dem zuständigen Referenten, an den sie in der Auskunft mit Zulassschein gewiesen werden, vorzusprechen, sondern gehen von einem Referenten zum andern, in dem Glauben, von einem dieser Referenten denn doch vielleicht irgendwelche Versprechungen zu erlangen. Selbstverständlich beabsichtigt das Wohnungsamt in keiner Weise den Parteien die Möglichkeit zunehmen, ihre Rechte auch persönlich zu vertreten und insbesondere die für den Fall besonders massgebenden Umstände klarzulegen. Es geht jedoch nicht an, dass für einen Fall gleichzeitig mehrere Personen intervenieren und im Massenaufzug förmliche Demonstrationen bilden. Abgesehen davon, dass die Räumlichkeiten des Wohnungsamtes auf eine solche Ueberlastung in keiner Weise eingerichtet sind, muss das Erscheinen von mehreren Personen in einer und derselben Angelegenheit zu Unzukömmlichkeiten führen, die naturgemäss ihre Rückwirkung auch auf die übrigen ratsuchenden Parteien ausüben. Es liegt daher im Interesse aller Parteien, einerseits nur in den dringenden Fällen vorzusprechen und andererseits niemals zu zweit und zu dritt, insbesondere nicht mit Kindern vorzusprechen, zumal eine solche Ueberlastung des Amtes mit Parteien naturnotwendig auch dafür dazu führen muss, dass die Amtstätigkeit behindert und den einzelnen Referenten die Möglichkeit genommen wird, die ihnen aufgetragene Arbeit, die ja immer dringlichster Natur ist, so rasch zu erledigen, als es im Interesse des Amtes und der Bevölkerung gelegen ist. Das Wohnungsamt wird daher in Zukunft darauf Gewicht legen müssen, dass für den einzelnen Fall nur immer eine Person beim Referenten vorsprechen kann.

Gemeindesubventionen. Der Gemeinderat genehmigte gestern in vertraulicher Sitzung die bereits mitgeteilte einmalige Zuwendung von 4 Millionen an die Witwe des Dichters Alfons Petzold, ferner die einmaligen Zuwendungen von je 5 Millionen an die Witwe des erschossenen Arbeiters Franz Bernecker und die Gattin des schwerverwundeten Franz Kattosch. Frau Bernecker erhält ausserdem eine regelmässige monatliche Zuwendung von 100.000 Kronen, die bei starker Veränderung des Geldwertes entsprechend anzupassen ist und im Falle ihrer Wiederverheiratung erlischt.

Josef Obrist - Bürger der Stadt Wien. Der Obmann des Arbeitersängerbundes Währing, Josef Obrist, einer der ältesten Förderer und Vorkämpfer der Kulturbestrebungen der Arbeiterschaft, wurde anlässlich der Vollendung seines 30. Lebensjahres in Anerkennung seines langjährigen Verdienstvollen und erfolgreichen Wirkens zum Bürger der Stadt Wien ernannt.

Die Donau als Verkehrsweg. Im Rahmen der Vortragsreihe über „Technische Großstadtfragen“ hält Sonntag, den 11. März um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends im Klubsaal der Wiener Urania Strombaudirektor Ing. L. Brandl einen Vortrag über „Die Donau als Verkehrsweg“.

Gesundheitszustand in Wien. Gegenüber den Mitteilungen eines gestrigen Abendblattes stellt das städtische Gesundheitsamt ausrücklich fest dass eine besondere Zunahme der Erkältungskrankheiten in Wien nicht wahrgenommen wurde. Der Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung ist durchaus normal und zufriedenstellend.

Entfall der Sprechstunde beim Bürgermeister. Montag, den 12. ds. erfüllt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei Bürgermeister Reumann.

71

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honay

Samstag, 10. März 1923. Abendausgabe

.....

Die Fremdenzimmerabgabe, Beim Finanzreferenten amtsführenden Stadtrat Breitner sprach am Donnerstag eine Abordnung des Klubs der Wiener Hoteliers vor, die auf die schwierige Lage des Gewerbes hinwies. Bekanntlich war schon früher eine Vertretung der Gewerkschaft der Hotelangestellten und der Vereinigung der Hoteliers in der gleichen Angelegenheiten bei dem Finanzreferenten erschienen. Stadtrat Breitner wiederholte die bereits bekannte Erklärung, dass dem Gemeinderat der Antrag unterbreitet werden wird, nach dem für die Monate Mai, Juni, Juli und August den bei normaler Abrechnung sich ergebende Steuerbetrag um ein Fünftel ermässigt werden soll. Von dieser Ermässigung sollen nur die Stundenhotels ausgenommen sein. Die Abordnung stellte auch das Ersuchen, es möge die gegenwärtige Einreihung der Betriebe in die Luxuskategorien auf Grund einer nunmehr vom Klub der Hoteliers einzureichenden Liste neuerlich abgeändert werden. Dieses Verlangen wurden vom Finanzreferenten mit der Begründung abgelehnt dass er sich auf ein Wettlizitieren nach unten seitens der einzelnen Gruppen, in die die Wiener Hotelbesitzer gespalten sind, keineswegs einlassen könne.

.....